

Zweireiher statt Springerstiefel

Notwendige Anmerkungen zur AfD

Drei Landtagswahlen, drei Erfolge. So könnte man kurz das Abschneiden der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zusammenfassen. Die erst im vergangenen Jahr gegründete Partei war noch bei der Bundestagswahl knapp gescheitert. Die Europawahlen im Mai 2014, die der AfD die gleiche Anzahl Sitze bescherten wie der LINKEN, ließen wegen der regionalen Verteilung der Stimmen bereits darauf schließen, dass mindestens in Sachsen bei der Landtagswahl am 31. August 2014 mit einem Einzug dieser Formation in das Landesparlament zu rechnen sein würde. Auch die Schwierigkeiten der AfD in den Kreisen, Städten und Gemeinden Sachsens, für die gleichzeitig am 25. Mai stattfindenden Kommunalwahlen Bewerber aufzustellen bzw. die notwendigen Unterschriften zu sammeln, sprachen nicht gegen diese Einschätzung, da diese Probleme typisch für den Strukturaufbau einer neuen Partei sind. Gleichzeitig deutete sich an, dass die Hochburgen der Partei in den ländlichen Gebieten besonders des Erzgebirges, der Sächsischen Schweiz und der Oberlausitz zu suchen sein würden. Der Zuspruch in den Großstädten würde nach dieser Einschätzung dagegen deutlich geringer ausfallen, obwohl ein Großteil der Mitgliedschaft der AfD dort lebt. Sowohl bei der Bundestagswahl als auch – in geringerem Ausmaß – bei der Europawahl hatte sich gezeigt, dass die AfD in einem beträchtlichen Umfang Stimmen auch von der LINKEN gewinnt. Jede Analyse des Abschneidens der AfD wird also den Fragen nachgehen müssen, ob unsere politische Einschätzung dieses neuen Phänomens zutreffend gewesen ist, ob unsere Wahlstrategie die richtigen Voraussetzungen geschaffen hat, die Wählenden – besonders solche der LINKEN – von einer Zustimmung von der AfD abzuhalten, ob wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit angemessen auf die AfD reagiert haben.

Personal von der extremen Rechten – Die AfD als „Staubsauger“

Unmittelbar nach der Landtagswahl in Sachsen häuften sich die Berichte über personelle Überschneidungen der AfD mit der extremen Rechten. Erste personelle Konsequenzen, wie den Rückzug des designierten Alterspräsidenten des Sächsischen Landtages, Detlev Spangenberg, vollzog die AfD schnell unter dem entstehenden Druck. Zumindest für jene Mitglieder und Funktionäre der Partei, für die der Nachweis neonazistischer Aktivitäten vorliegt, kündigte der sächsische Parteisprecher Julian Wiesemann, selbst ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der zur extremen Rechten zu zählenden Partei „Die Freiheit“, Parteiausschlussverfahren an. Eine erste Analyse der AfD-Landtagskandidaten in Brandenburg durch den rbb zeigte, dass sich auch in diesem Bundesland etliche Aktivisten mit einer nachweisbaren Vergangenheit in Organisationen der extremen Rechten auf der Kandidatenliste, teils auf aussichtsreichen Plätzen, befinden. Vier von ihnen sind in den Landtag eingezogen. Björn Höcke, Spitzenkandidat der AfD in Thüringen, hat offenkundig starke inhaltliche und persönliche Affinitäten zu der „neu“rechten Strömung der „Identitären“, ebenso wie einige AfD-Funktionäre in Leipzig. Die Landesgeschäftsführerin der AfD im Mecklenburg-Vorpommern machte unlängst durch rassistische Äußerungen in sozialen Netzwerken von sich reden.

Solche Biografien, auch in relativer Häufung, deuten zunächst lediglich darauf hin, dass ehemals parteipolitisch heimatlose Anhänger der extremen Rechten nunmehr in den Inhalten der AfD oder zumindest Teilen davon deutlich Hinweise sehen, dass sie hier ihren politischen Kurs mit mehr Aussicht auf Erfolg fortsetzen können. Diese „Staubsaugerwirkung“ der AfD auf das Potenzial der extremen Rechten führt gleichzeitig dazu, dass die NPD immer wieder diese unliebsame Konkurrenz besonders heftig angreift. Es ist auffällig, dass in Sachsen die AfD in den gleichen Regionen besonders gut, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen abgeschnitten hat, die auch weiterhin Hochburgen der NPD waren. Dies deutet darauf hin, dass in diesen

Gebieten ein politisch-kulturelles Klima herrscht, welches durchaus den Erfolg zweier Parteien rechts von der Union ermöglicht, so diese eine unterschiedliche soziale Zielgruppe ansprechen können.

Entsprechende Vorwürfe einer Durchsetzung der Mitgliedschaft mit teils langjährigen Akteuren der extremen Rechten wehrt die AfD regelmäßig durch den Hinweis ab, es handele sich lediglich um wenige Einzelfälle, die Mitgliedschaften lägen lange zurück, es handele sich nicht um vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierungen, wegen des starken Mitgliederzuwachses habe man nicht alle Neulinge so gründlich wie geboten überprüfen können. Alexander Gauland hält gar eine einschlägige ehemalige Mitgliedschaft für „unproblematisch“. Er könne niemandem die Mitgliedschaft verweigern, „nur weil er für kurze Zeit Mitglied in einer rechten Partei war“. Bei besonders drastischen Fällen wird allerdings angekündigt, demnächst Parteiausschlussverfahren gegen die fraglichen Personen einzuleiten. Intern hat die AfD längst erkannt, dass es sich um mehr als die behaupteten Einzelfälle handelt. Bei der Bundesvorstandssitzung der AfD am 18. Juli 2014 wurde das aus NRW stammende Vorstandsmitglied Marcus Pretzell beauftragt, „politisch einschlägig auffällige Mitglieder“ im Landesverband Bayern für den Bundesvorstand „aufzubereiten“. Der in einem dem Vorstand vorgelegten Papier kritisierte bayerische Landesvorsitzende konterte mit dem Vorwurf, der eingesetzte Kontrolleur Pretzell habe selbst ein rechtes Umfeld. Insgesamt wird die Leitlinie ausgegeben, sich jener Mitglieder, die man selbst als problematisch erachtet bzw. wegen denen man sich angreifbar glaubt, möglichst „geräuschlos“ zu entledigen.

Rechtsruck der AfD vor den Landtagswahlen

Jenseits der Schutzbehauptung von den angeblichen „Einzelfällen“ zeichnet sich immer stärker ein anderer Trend ab. „Der Flügelkampf innerhalb der AfD scheint entschieden. Immer mehr liberale Mitbegründer der AfD verlassen die Partei resigniert oder finden sich parteiintern im Abseits. Für die extrem rechten Kräfte, die Parteichef Lucke in die Partei geholt hatte, fehlt inzwischen jedes Gegengewicht.“ Zu diesen gemäßigten Kräften, die der AfD inzwischen den Rücken gekehrt haben, zählen auch ehemals ranghohe Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitglieder, die in der Anfangsphase als Aushängeschilder benutzt wurden, um mittels ihrer Person und Funktion den Vorwurf der Rechtslastigkeit abzuwehren. So begründet die ehemalige niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Martina Tigges-Friedrichs, ein ehemaliges Mitglied der FDP, ihren Schritt: „Für mich ist ein klarer Rechtsruck der Partei erkennbar, den ich nicht mittragen möchte. Es geht nicht mehr um konservative und liberale Positionen, sondern um erzkonservative und nationalistische. Bereits zur Europawahl im Mai hatte die AfD den praktisch gleichen Slogan wie die NPD plakatiert: "Wir sind nicht das Weltsozialamt!" Das fand ich unmöglich. Aber auch schon vorher hat es in mir gegärt. Seit Oktober 2013 war ich bei den Kolibris. Das ist ein loser Zusammenschluss der Konservativen und Liberalen in der AfD. Sie verstehen sich als Gegengewicht zu den – vorsichtig ausgedrückt – nationalen Kräften in der AfD, die sich in der sogenannten Patriotischen Front zusammengeschlossen haben. Aber wenn man bei Facebook verfolgt, wie enorm die Nutzerzahlen der Patriotischen Plattform im Unterschied zu den Kolibris anwachsen, muss man irgendwann einsehen, das man verloren hat.“

In diesem Zusammenhang muss hervorgehoben werden, dass die besagte „Patriotische Plattform“ wesentlich durch sächsische AfD-Funktionäre initiiert worden ist und in diesem Landesverband noch immer ihren personellen Schwerpunkt hat. So gehört der wegen seiner behindertenfeindlichen Äußerungen (vorläufig) in die zweite Reihe verbannte ehemalige stellvertretende sächsische Landesvorsitzende Thomas Hartung ebenso zu dieser Strömung wie der Leipziger Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider, der herausgehoben am Entwurf des sächsischen Wahlprogramms gearbeitet hat, oder die beiden Leipziger Landtagskandidaten Felix Koschkar und Rechtsanwalt Roldand Ulbrich, die durch den Skandal

um die Einladung des Österreichers Andreas Mölzer als Wahlkampfredner von sich reden machen.

Die AfD als Fortsetzung der „REPublikaner“

Horst Kahrs und Benjamin Hoff sehen in ihrer Analyse des Wahlergebnisses in Sachsen Orientierungen der Wähler_innenschaft, die sich „bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest Beobachtungen sowohl von Forsa als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saß. In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD.“ Soziologisch betrachtet, fehlte genau jener bürgerliche Teil, der den Kern der Klientel der REPublikaner in ihren Schwerpunktgebieten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ausmachte, in den ostdeutschen Bundesländern. Im Osten konnte die völkisch-soziale Propaganda der NPD eher wirken als die wohlstandschauvinistische der REPublikaner, auch wenn der Rassismus in beiden Argumentationsmustern zentrales Element war.

Die Trennungslinie, so Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstitute Forsa, „zwischen den beiden Lagern ist die soziale Schichtzugehörigkeit“. Die Anhänger der AfD stammten „eher aus der Ober- und Mittelschicht mit relativ hohem Einkommen und entsprechend hoher Schulbildung, während Sympathisanten der rechtsextremen Parteien dagegen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung kommen.“ Zur Sozialstruktur der stellt er fest: „Die Anhänger der AfD kommen (...) vor allem aus einem bestimmten Segment der deutschen Ober- und Mittelschicht (26 und 53 Prozent). 55 Prozent haben Abitur und/oder studiert und beurteilen die Wirtschaftserwartungen pessimistisch, 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro oder mehr. Vor allem Angestellte (62 Prozent) und Rentner (34 Prozent) finden Gefallen am eurokritischen Kurs der Partei, Selbständige (20 Prozent), Beamte (10 Prozent) und Arbeiter (8 Prozent) eher nicht. Männer stellen über zwei Drittel (69 Prozent) der AfD-Anhängerschaft, Frauen nur 31 Prozent. 24 Prozent sind Katholiken, 29 Prozent Protestanten und 47 Prozent konfessionslos. Meist sind sie verheiratet (57 Prozent) und leben in Orten mit einer Einwohnerzahl von unter 20.000 (42 Prozent). Als politisch rechts schätzen sich 28 Prozent der AfD-Sympathisanten ein, immerhin 17 Prozent als links, und 55 Prozent verorten sich in der Mitte.“ Nach der Europawahl und der öffentlichen Debatte über das gute Abschneiden der AfD bekomme die Partei nun offenbar auch Zulauf von Angehörigen der unteren Schichten, die bislang eher zur Wahlenthaltung tendierten. Wenn dies zutrifft, ist davon auszugehen, dass auch in den bisherigen Hochburgen der NPD die AfD von dieser vermehrt Anhänger abziehen wird.

Protestpartei? Protest wogegen?

Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg bei der Landtagswahl, insistiert begrifflicherweise, seine Partei sei vorwiegend eine Protestpartei. Im Interview mit dem „Handelsblatt“ zieht er aufschlussreiche Vergleiche: „Die NPD ist mit ihrer Nähe zur Nazi-Zeit für viele, die einen Denkkzettel austeilten wollen, unwählbar. Und die Piraten vermitteln Botschaften, mit denen die Menschen überwiegend nichts anfangen können. Netzpolitik interessiert eben nicht jeden. Das reicht nicht, um als Protestpartei profitieren zu können. Und die NPD ist zu igittigitt. Da bleibt nur noch die AfD.“ Ungewollt verortet er damit selbst die AfD als „NPD light“, nämlich als Partei mit den gleichen Inhalten, die jedoch moderater vorgetragen werden und bei denen der offene positive NS-Bezug fehlt. Manfred Güllner jedenfalls bestreitet die Eigencharakterisierung als „Protestpartei“. Die AfD werde „gewählt von einem Milieu, das man als rechtspopulistisch bis rechtsradikal identifizieren kann.“ Der Forsa-Chef schätzt, dass etwa

zehn Prozent der Wähler für ein „solches Weltbild anfällig“ seien. „Die gehen zeitweilig entweder gar nicht wählen oder parken ihre Stimmen bei anderen Parteien, auch, aber nicht nur, bei der Union - bis es wieder eine für sie attraktive Partei auf der rechten Seite gibt.“ Die AfD sei nach der Sachsen-Wahl salonfähig geredet worden.

Zum Personal das passende Programm

Die unlängst durch Anonymus Österreich öffentlich gemachten Dokumente der so genannten Landesfachausschüsse der sächsischen AfD, die der Vorbereitung der Verabschiedung des Landtagswahlprogramms dienen sollten unterstreichen nachdrücklich, dass - wie bei jeder anderen politischen Organisation auch – eine Untersuchung der öffentlichen Programmatik der betreffenden Formation nicht hinreicht, um zutreffende Aussagen zu ihrer Ideologie zu treffen. Zwar verweist die AfD berechtigt darauf, dass beispielsweise einige behindertenfeindliche Passagen nicht in das Programm übernommen worden seien, doch erfolgte die Streichung lediglich aus taktischen Erwägungen. Hinter dem gestrichenen Passus heißt es aufschlussreich: „Das ist vermintes Gelände.“ Man scheute also vor allem ein mögliches negatives Medienecho. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass neben dem Themenfeld „Bildung“ der Komplex „Bürgerrechte und Datenschutz“ mit 16 Prozent die geringste Bedeutung für die Wählerschaft der AfD hat.

An den „Programm-Thesen der AG Innere Sicherheit“ haben allerdings gleich mehrere Landtagskandidaten, darunter mit dem jetzigen Landtagsabgeordneten Sebastian Wippel und Jens Kuprat zwei Polizeibeamte, mitgearbeitet. Auch Co-Autor Hendrik Seidel, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Mittelsachsen, ist Beamter. Der berufliche Hintergrund wird an dieser Stelle betont, da das Ergebnis ihrer Arbeit das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz erstmals zu einer öffentlichen Äußerung über die AfD veranlasste. Der Sprecher des sächsischen Geheimdienstes, Martin Döring, stufte „Teile der Dokumente als verfassungswidrig ein“. „Radio Mephisto“ berichtete am 4. September: „Bedenklich sei vor allem die Überlegung den deutschen Telekommunikationsverkehr zur Gefahrenabwehr abzuhören. Der Verfassungsschutz sieht eine Passage über eine stärkere Telefonüberwachung kritisch, weil darin das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angegriffen werde.“ und zitierte Döring wörtlich: „Nur in ganz engen Grenzen darf ja in dieses Grundrecht eingegriffen werden, und wenn Personenzusammenschlüsse meinen, dieses Recht spielt keine Rolle mehr, dann wird ein elementares Grundrecht, ein elementares Menschenrecht infrage gestellt.“ Derzeit sei die AfD allerdings noch nicht Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes, so Döring. Würden diese Vorschläge aber weiter verfolgt werden, könnte die AfD unter Beobachtung fallen.

Deutlich überdurchschnittlich wurde die AfD sowohl in Brandenburg wie auch in Thüringen von Männern gewählt. Hier ist festzustellen, dass es sich wesentlich um solche Männer handeln dürfte, die für traditionelle Geschlechterrollen stehen und in jeglicher Form von Feminismus eine Bedrohung sehen. Das „Feminismus-Bashing“ der AfD sei, so die TAZ, „mittlerweile endemisch geworden“ und kommentiert: „Mit der AfD ist der kämpferische Antifeminismus in der Demokratie angekommen. (...) Der Spitzenkandidat der AfD in Thüringen, Björn Höcke, sagte der Thüringer Allgemeinen: ‚Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen, zum Beispiel das Gender-Mainstreaming, sind sofort zu beenden.‘ Kinder sollten wieder ‚verstärkt in der Familie erzogen werden‘: ‚Die klassische Familie ist wieder zum Leitbild zu erheben.‘“ Sowohl das Wahlverhalten als auch die Positionen entsprechen älteren Analysen zu Parteien der extremen Rechten. In dieses Bild passt der Umstand, dass die Alterskohorten jüngerer Menschen in der AfD-Wählerschaft überproportional repräsentiert sind. Lediglich die Altersgruppe über 60 Jahren verhindert noch schlimmere Ergebnisse.

Während Angestellte und Beamte nur leicht überdurchschnittlich AfD wählen, liegen eindeutige Schwerpunkte bei den Selbständigen und den Arbeitern. Bei letzterer Gruppe ist zumindest die Frage berechtigt, ob wir in unserer Wahlstrategie nicht unsere Kernzielgruppen vernachlässigt haben. Allerdings muss bei den AfD-wählenden Arbeiterinnen und Arbeitern darauf hingewiesen werden, dass es sich bei ihnen nach den vorliegenden Zahlen kaum um prekär Beschäftigte oder solche mit gefährdeten Arbeitsplätzen handeln dürfte, denn – so titelt der rbb: „AfD-Wähler sind weder arm noch alt“. Ein hoher Anteil an Eigenheimbesitzern sei kennzeichnend für die AfD-Hochburgen. Und umgedreht: „Die AfD ist dort stark, wo besonders wenige Leute Hartz IV beziehen. Und das spricht klar für eine eher gut gestellte Wählerschaft.“ In Verbindung mit dem Umstand, dass die AfD besonders stark in den grenznahen Regionen zu Polen abgeschnitten hat, in denen ihr Wahlkampf stark auf die so genannte „Grenzkriminalität“ fokussiert war, liegt der Verdacht nahe, dass ein beträchtlicher Teil der Klientel der AfD als Wohlstandschauvinisten charakterisiert werden kann. Auch hierin liegt eine Übereinstimmung mit den REPublikanern in ihrer Erfolgsphase. Wenn denn von einer Protestwahl in diesem Kontext gesprochen werden kann, sollte zugleich darauf verwiesen werden, dass es sich nicht um einen Protest wirtschaftlich schlechter gestellter Personen handelt, sondern um einen Protest Bessergestellter, die ihren Besitz – um jeden Preis – gegen scheinbare Angriffe und Bedrohungen wahren wollen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass zumindest im Freistaat Sachsen die AfD alle Kriterien erfüllt, die nach wissenschaftlichen Standards erforderlich sind, sie in die Kategorie „extreme Rechte“ einzuordnen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass alle ihre Positionen undemokratisch sind. Das bedeutet ebenfalls nicht, dass alle ihre Mitglieder oder gar Wähler so einzuordnen sind. Aber diese Einschränkungen gelten selbst für eine Partei wie die NPD. Allerdings haben Personen aus dem Landesvorstand, aus den Reihen der Landtagsabgeordneten, der Funktionäre und der Mitgliedschaft einen biografischen Vorlauf in Gruppierungen der extremen Rechten bis hin zu neonazistischen Organisationen. Der Wahlkampf zielte zu einem relevanten Teil auf bisherige Wählerinnen und Wähler der NPD. Die tatsächlich erreichte Wählerschaft ähnelt stark jener der REPublikaner in deren Erfolgsphase, in der sie noch von den Behörden als „rechtsextremistisch“ eingestuft wurden. Die Programmatik weist starke Überschneidungen bis hin zu passagenweisen Übereinstimmungen mit beispielsweise jener der NPD auf. Die Äußerungen von Martin Döring müssen als erster offizieller Warnschuss in Richtung AfD gewertet werden.

Was tun?

Es stellt sich also die Frage, ob es tatsächlich sinnvoll und erfolgversprechend ist zu versuchen, diese von der LINKEN zur AfD gewechselten Wähler zu umwerben mit dem Ziel sie zurückzuholen. Wahrscheinlicher ist es wesentlich angebrachter, die Ursachen für die Abwendung von der LINKEN hin in das Lager der Nichtwählenden zu untersuchen und Konzepte für die Rückgewinnung dieser, nebenbei bemerkt zahlenmäßig deutlich stärkeren, Gruppe zu erarbeiten. Wenn die AfD in Thüringen nach ersten Analysen 16.000 bisherige Wähler_Innen der LINKEN für sich mobilisieren konnte und in Brandenburg mit 20.000 gewonnenen Stimmen von uns sogar den größten Zufluss von allen anderen Parteien verzeichnen konnte, muss dies trotzdem als geradezu dramatisch eingeschätzt werden. Trotzdem sei eine Revitalisierung des Extremismus-Dogmas unsinnig, meint Lenz Jacobsen, denn die AfD sei nicht links, sondern eben „deutlich rechts“. Er verortet das Problem der LINKEN mit der AfD wesentlich in den neuen Bundesländern, denn „die Linkspartei (ist) im Osten viel weniger links als im Westen, vielerorts eher eine strukturell konservative Volks- und Regionalpartei.“ Liegt Jacobsen mit seiner Behauptung richtig, wäre dies ein weiterer Erklärungsfaktor für eine Verschiebung der Wahlentscheidung von der LINKEN zur AfD.

Uns ist es, neben anderen Fehlern selbstverständlich, nicht gelungen, den Wählenden deutlich zu machen, dass und warum die AfD keine Alternative für Menschen sein kann, die eine

demokratische und soziale Politik wollen. Ein solches Unterfangen kann nicht erst mit Beginn des Wahlkampfes eingeleitet werden. Es wäre zu billig, die Verantwortung für diesen Mangel ausschließlich den beiden jetzt betroffenen Landesverbänden zuzuschreiben. Es ist nüchtern festzustellen, dass wir seit Gründung der AfD es nicht verstanden haben, eine konsistente Strategie gegen diese neue politische Formation zu erarbeiten. Dies hätte spätestens nach der Bundestagswahl eingeleitet werden müssen. Das damalige knappe Ergebnis machte einen Erfolg bei den Europawahlen wahrscheinlich. Auch danach wurde nicht reagiert, obwohl nach den regionalen Resultaten absehbar war, dass ein Einzug in den sächsischen Landtag erfolgen würde. Auch dass das Ausmaß des Erfolges vom 31. August die Zugewinne in Thüringen und Brandenburg noch weiter steigern würden, war eine logische Konsequenz. Diese mangelnde Strategie der Bundesebene findet ihre Entsprechung auf der Landesebene.

Grimma, den 18. September 2014

Kerstin Köditz/Volkmar Wölk